

Die MMT und die Transformation

Was sagt uns die Modern Monetary Theory zur Bewältigung der Klimapolitik

Die Transformation Deutschlands in eine klimaneutrale Gesellschaft ist der größte Umbruch seit der Industrialisierung vor 250 Jahren. Es geht um das Ende der Wachstumsgesellschaft und der Übergang zu einer Gleichgewichtsgesellschaft. Zu diesem Vorhaben gehört der Ersatz des gesamten Kraftwerkparcs durch Erneuerbare Energien, die Elektrifizierung aller Landfahrzeuge, die energiesparende Sanierung vieler Häuser und der Austausch aller Heizanlagen, der Neubau der drei wichtigsten Grundstoffindustrien (Stahl-, Zement- und Grundstoffchemieindustrie) und schließlich die Umstellung der Ernährung sowie der Land- und Forstwirtschaft. Diese Umstellungen sind auch mit grundlegenden Veränderungen in der Ökonomie und der Arbeitswelt verbunden.

Die Kosten der Transformation

Die Kosten der zusätzlichen Investitionen werden durch unterschiedliche wissenschaftliche Studien auf 1,5 bis zu 3 Billionen Euro geschätzt. Um mindestens die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes einzuhalten, müssen diese Investitionen im Verlauf der kommenden 20 Jahre getätigt werden – das sind also 100 Mrd. Euro jährlich oder 2 bis 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Davon werden sämtliche staatlichen Ebenen – die EU, der Bund, die Länder und die Kommunen – einen Anteil von vermutlich über 20 Prozent schultern müssen. Dazu kommen die Mittel für das Klimageld anfangs in Höhe von ca. 25 Mrd. Euro/a, die aber über den Emissionhandel (CO₂-Preis) finanziert werden können.

Die Bereitstellung dieser Mittel halten auch führende eher konservative Ökonomen wie Clemens Fuest (IFO-Präsident), Marcel Fratzscher (DIW-Präsident), Veronika Grimm (Wirtschaftsweise) und Lars Feld (Ex-Vorsitzender der Wirtschaftsweisen) ohne Probleme für machbar. Aber durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurde die im Koalitionsvertrag vorgesehene Übertragung des Corona-Sonderfonds verhindert und die Koalition konnte sich nicht auf eine alternative Finanzierung einigen.

Weiterhin gibt es neben der Klimatransformation noch weiteren Investitionsbedarf zur Reparatur der Verkehrsinfrastruktur und im Wohnungsbau sowie zusätzlichen Finanzbedarf in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Pflege.

Woher kommt das Geld?

Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten, das Geld bereitzustellen. Einmal durch Schuldenaufnahme, zum zweiten durch höhere Steuern und zum dritten durch die Finanzierung über die Zentralbank – also die EZB.

Schuldenaufnahme

Die Finanzierung der Transformation wäre allein durch Schuldenaufnahme machbar. So kommt das Fraunhofer-Institut IWES zum Ergebnis, die Transformation sei insgesamt eine risikoarme Investition mit positiver Gewinnerwartung von 4 bis 7 Prozent jährlich. Da in Folge der Transformation die Ausgaben für den Import von Rohstoffen und Brennstoffen (heute 70 Mrd./a) schrittweise wegfallen, wird der Break Even bereits nach 15 Jahren erreicht. Ab dann können die Kredite zurückgezahlt werden. Der Nachteil der Schuldenaufnahmen besteht natürlich darin, dass die Kreditgeber jährlich Zinsen bekommen und damit die Ungleichheit der Gesellschaft weiter voranschreitet.

Steuererhöhungen

Eine Alternative oder Ergänzung wäre die Erhöhung der Steuereinnahmen des Staates. Allein eine Schließung der Steuerlücken für die Überreichen durch eine Wiedererhebung einer Vermögenssteuer, die Abschaffung der Steuerlücken bei der Erbschaftssteuer und bei der Einkommenssteuer (Holdingmodell abschaffen) würde nach Berechnungen des Netzwerk Steuergerechtigkeit zwischen 75 bis 100 Milliarden Euro pro anno erbringen. Diese Variante hat den Vorteil, dass sie auch für mehr Gerechtigkeit und damit für größere Akzeptanz sorgen würde. Außerdem bringt eine Besteuerung der Überreichen das Geld zurück in den Wirtschaftskreislauf, das sonst häufig nicht produktiv eingesetzt wird, sondern nur zum Erwerb von zusätzlichen Aktien oder Immobilien genutzt wird. Letzteres führt aber nur zu einer Steigerung der Börsenkurse und der Immobilienpreise ohne das neue Werte geschaffen werden.

Staatsfinanzierung durch die Zentralbank

Der dritte Weg wäre eine gezielte Finanzierung der Transformation durch die EZB. Wenn zum Beispiel die EZB Staatsanleihen aufkauft, dann tut sie das mit sogenannten *Reserven* – und das ist selbst per Mausclick selbst geschöpftes digitales Zentralbankgeld – im Prinzip das gleiche, als würde die EZB Euro-Scheine drucken – nur eben digital. Die lange Zeit verbreitete Vorstellung, der Staat müsse erst Steuern einnehmen und könne sie erst dann ausgeben, hat nämlich noch nie gegolten. Es war immer umgekehrt. Der Staat gibt Geld in den Umlauf und zieht es hinterher soweit erforderlich per Steuern wieder ein.

Auch praktisch ist dieser Zusammenhang mehrfach bewiesen worden, seit erst die Fed (USA) und die Bank of England und zuletzt auch die EZB die Staatsfinanzierung erfolgreich in der Finanzkrise von 2008 und zuletzt auch noch zur Coronabekämpfung praktiziert haben.

In der EU ist aber die direkte Staatsfinanzierung leider zurzeit durch die EU-Regeln nicht erlaubt, da diese eine direkte Staatsfinanzierung ausschließen. Deswegen kann diese nur indirekt durch den Ankauf von Staatsanleihen erfolgen. So hat der vorige Zentralbankchef Mario Draghi zuletzt die Euro-Krise gelöst. Allerdings hatte dies den Nachteil, dass die zusätzlichen Mittel der Zentralbank nur indirekt über die Banken an die Wirtschaft gelangten. Dadurch bekamen die Banken zusätzliche Einnahmen, die aber dem Staat verloren gingen. Aus diesem Grund sollten die EU-Regeln für die Staatsfinanzierung so geändert werden, dass bei Bedarf eine direkte Staatsfinanzierung möglich wird.

Wo liegt dann das Problem?

Allerdings wird mit dieser Feststellung noch keine der Fragen und keines der Probleme, die klassischer Weise in diesem Zusammenhang gestellt werden, gelöst: Entsteht durch die Geldschöpfung nicht Inflation – wie wir sie gerade wieder in den letzten zwei Jahren erlebt

haben? Wodurch entsteht Arbeitslosigkeit? Warum stürzt die Geldpolitik Erdogans gerade die Türkei in die Krise? Was kann die MMT uns dazu sagen?

Nun – die MMT sagt uns, dass der Staat zwar beliebig viel ausgeben kann, aber er sollte dies sehr wohl überlegt tun. Entsteht nämlich durch die Ausgaben des Staates mehr Kaufkraft und damit mehr Nachfrage nach Gütern, als zu den aktuellen Preisen angeboten wird, dann steigen die Preise. Dies kann sowohl durch mehr Sozialausgaben wie auch durch mehr Investitionen – aber auch durch Lohnerhöhungen – passieren, denn auch dann bekommen mehr Arbeiter*innen mehr Löhne und können mehr kaufen.

Dieses Problem tritt aber nicht nur bei der Staatsfinanzierung durch die EZB auf. Auch wenn der Staat Ausgaben durch Schulden finanziert oder wenn er die Überreichen besteuert und damit Geldrücklagen in den Geldkreislauf bringt, hat dies die gleiche Wirkung. Es kommt mehr Geld in den Kreislauf und es wird daher mehr gekauft – es sei denn, es wird mehr gespart – was aber eben vor allem dann stattfindet, wenn die Reichen das Geld bekommen.

In der Krise

In der Krise ist es daher auf jeden Fall gut, wenn der Staat mehr Geld ausgibt und Investitionen tätigt. Da in der Krise die Nachfrage lahmst, sorgt der Staat damit für Arbeit und es besteht keine Inflationsgefahr. Ein Zuviel an Geld ist in der Krise nicht zu befürchten. Denn das meiste Geld (80 – 90 Prozent) wird normalerweise nicht vom Staat, sondern von den Banken durch Kreditvergabe und Überweisung auf Girokonten geschöpft (das sogenannte *Giralgeld*). Das geschieht ebenfalls per Mausklick. Die Banken brauchen dafür keine Einlagen.

Aber sie schöpfen nur dann Geld, wenn sie Gewinne erwarten. In der Krise aber bremsen sie die Kreditvergabe – und stürzen die Wirtschaft noch mehr in die Krise. Dann sollte der Staat gegensteuern. Das kann er auch, wenn die Zentralbank – also bei uns die EZB – genügend Geld bereitstellt. Im Moment tut sie das durch den Aufkauf der Staatsanleihen. Das hat den Vorteil, dass damit die Zinsen sinken. Wenn die Zentralbank aber keine Staatsanleihen kauft, wie vor einigen Jahren im Falle von Griechenland geschehen, dann wird es schwierig. Die Wirtschaft wird abgewürgt und die Arbeitslosigkeit steigt an. Mittlerweile hat die EZB – zuerst unter EZB-Präsident Draghi – erkannt, dass das ein Fehler war und nicht wiederholt werden sollte.

Investitionen für die Transformation

Wenn aber die Konjunktur boomt, dann können zusätzliche Staatsausgaben gefährlich werden. Sie können entweder dazu führen, dass mehr importiert wird oder gar – wenn nicht genügend Waren bereitgestellt werden – eine Inflation auslösen. Um das zu vermeiden, muss der Staat rechtzeitig dazu beitragen, dass kritische Industrien so ausgebaut werden, dass sie die Nachfrage befriedigen können. Die Engpässe durch die Klimapolitik sind heute schon erkennbar. Das betrifft nicht nur die Produktion von Solar- und Windkraftanlagen. Der größte Engpass wird bei der Sanierung der Häuser und dem Austausch von Heizungen erwartet. Dazu müssen dann gezielte Anstöße gegeben werden, damit genügend Produkte (Solaranlagen, Wärmepumpen usw.) in Deutschland hergestellt werden und genügend Handwerker ausgebildet werden.